

Antrag: C-1
Antragsteller: AfA UB Frankfurt
Betreff: Gründung einer Landesgesellschaft für die
Luftverkehrskontrolle

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Der SPD-Jahresparteitag fordert alle zuständigen Gremien und alle mit der Thematik befassten
3 Mandatsträger bis auf Landes- und Bundesebene dazu auf, dass die Fluggastkontrolle am Frankfurter
4 Flughafen in die Hände einer zu gründenden Landesgesellschaft gelegt wird und die Arbeitsverhältnisse
5 aller Luftsicherheitsassistenten in Arbeitsverhältnisse des Öffentlichen Dienstes ohne Abstriche – also
6 bei Übernahme aller Ansprüche und Anwartschaften überführt werden.

7 Begründung

8 Die Sicherheit der Passagiere und des Flughafenpersonals wird zur Zeit durch die Tätigkeit von
9 Beschäftigten aus drei unterschiedlichen Unternehmen mit unterschiedlichen Arbeits- Sozial und
10 Entlohnungsbedingungen gewährleistet. Aufgrund der alle sechs Jahre stattfindenden Ausschreibungen
11 durch das BMI haben diese Luftsicherheitsassistenten keine dauerhafte berufliche Zukunft mit
12 gesicherten Aufstiegschancen und Qualifizierungen. Unter anderem deshalb gibt es auch gravierende
13 Probleme, genügend und ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Zudem bedeutet die durch
14 aufgrund der nicht vorhandenen Beschäftigungssicherheit Demotivation immer wieder die Gefahr eines
15 nicht zu tolerierenden Sicherheitsverlustes für alle Teilnehmer.

16 Die Gewährleistung der Sicherheit des Luftverkehrs und seiner Teilnehmer ist wesentlicher Bestandteil
17 Öffentlicher Daseinsvorsorge und Hoheitliche Aufgabe, die nicht zu privatisieren ist. Die Errichtung einer
18 Landesgesellschaft („Luftsicherheitsamt“) ist hier die geeignete Maßnahme.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Annahme in geänderter Form: „Landesgesellschaft“ wird durch „Bundesgesellschaft“ ersetzt.